

Antragsbuch

58. Landeskongress Jungliberale Aktion Sachsen

10. Oktober 2015 | Bergstadt Zwönitz im Erzgebirge



Der Twitter-Hashtag zum Kongress: #JuliA58

Samstag, 10. Oktober 2015

Brauerei Gasthof Zwoenitz im Erzgebirge
Raum Sudhaus
Grünhainer Straße 15
08297 Zwönitz

58. Landeskongress der Jungliberalen Aktion Sachsen

09:00 Uhr Beginn CheckIn

10:00 Uhr Landeskongress

- 1) Eröffnung und Begrüßung
- 2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 3) Wahl einer Tagungsleitung
- 4) Beschlussfassung über die Tagungsordnung
- 5) Wahl eines Protokollführers
- 6) Wahl einer Zählkommission
- 7) Grußworte
- 8) Festlegung der Reihenfolge der Sachanträge
- 9) Bericht des Landesvorsitzenden
- 10) Aussprache
- 11) Neuwahl einzelner Positionen des Landesvorstandes
- 11a) Wahl des Stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik
- 11b) Wahl eines Beisitzers, für den Fall der erfolgreichen Kandidatur eines amtierenden Beisitzers für Punkt 11a
- 12) Wahl der Bundeskongress-Delegierten 2016
- 13) Beratung von Satzungsänderungsanträgen
- 14) Beratung von Sachanträgen
- 15) Sonstiges (ggf. Ehrungen)
- 16) Schlusswort des Landesvorsitzenden

Das Ende des Landeskongresses wird gegen 17 Uhr erwartet.

Der Twitter-Hashtag zum Kongress: #JuliA58

Nr.	AMV	Titel	Antragsteller	Seite
1 Leit Antrag - Innere Sicherheit				
11		Freiheit und Sicherheit in Balance bringen!	Landesvorstand JuliA Sachsen	4
2 Bildung				
21		Politische Bildung an Schulen verbessern	Junge Liberale Chemnitz	7
23		IT-Infrastrukturmaßnahmen für die Schule der Zukunft	Jungliberale Aktion Dresden	9
3 Innenpolitik				
31		Strategie für eine umfassende Asyl- und Integrationspolitik in Sachsen	Stefan Scharf	10
32		Politisierung verhindern – vernünftiger Umgang mit Terrorwarnungen!	Benjamin Rego	13
4 Internationales				
41		Heute schon an morgen denken – Nachhaltigkeit aus liberaler Sicht	Junge Liberale Chemnitz	14
42		Programmatik ergänzend auf Englisch erstellen	Thorben Siepman	16
43		Brexit nicht erstrebenswert!	Benjamin Rego	17

1 **Antrag 11: Freiheit und Sicherheit in Balance bringen!**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand Jungliberale Aktion Sachsen

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Sicherheit ist die Grundlage jeder Freiheit. Beide Ideen gehören zusammen, sind jedoch nicht im-
 8 mer in vollem Maße miteinander vereinbar. Die Jungliberale Aktion beobachtet vor dem Hinter-
 9 grund unterschiedlichster Herausforderungen, wie Terrorismus, Extremismus, Kriminalität sowie
 10 den veränderten Gegebenheiten durch die Digitalisierung ein Ansteigen von Maßnahmen, die Si-
 11 cherheit leisten sollen, jedoch meist nur Grundrechte einschränken.

12

13 Grundsätzlich gilt für uns, dass bei jeder Einschränkung der Grundrechte aufgrund von Bedrohun-
 14 gen, der Nutzen für jeden Einzelnen gegenüber den verursachten Einschnitten überwiegen muss.
 15 Das Argument, wonach eine Einschränkung nur eine kleine Gruppe träfe, zählt daher für uns nicht.

16

17 Die Politik hat dabei stets auf der Grundlage unseres Rechtsstaats zwischen Sicherheit und Frei-
 18 heit abzuwägen. Der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Ziel von Sicher-
 19 heitspolitik meint aus liberaler Sicht sowohl einen unbedingten Schutz der Grundrechte als auch
 20 eine Gewährleistung Innerer Sicherheit.

21

22 **1. Herausforderungen der Digitalisierung**

23

24 Mit dem Voranschreiten der Digitalisierung und dem starken Anwachsen internet-basierter Kom-
 25 munikation sowohl im privaten, als auch im beruflichen Raum ergeben sich neue Möglichkeiten
 26 und Schwerpunkte für die polizeiliche Arbeit. Wie in allen anderen Bereichen der Sicherheitspolitik
 27 lehnen wir das Eindringen in die Privatsphäre unter dem Vorwand einer generellen Gefahren-
 28 prävention ab. Stattdessen sollten neue Möglichkeiten für die polizeiliche Ermittlungsarbeit vor
 29 allem dort genutzt werden, wo sie auf Basis konkreter Anlässe und geltenden Rechts möglichst
 30 effektiv genutzt werden können.

31

32 Konkret bedeutet dies:

33

- 34 • weiterhin strikte Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung
- 35 • Die Befürwortung von Crick Freeze unter der Bedingung eines richterlichen Beschlusses. Daten
 36 dürfen jedoch nicht rückwirkend verfolgt werden, sondern erst ab dem Zeitpunkt des Richter-
 37 beschluss
- 38 • Ablehnung jeglicher personenbezogener, anlassloser Datenspeicherung im Bereich der öffent-
 39 lichen Verkehrsinfrastruktur (bspw. Fluggastdatenspeicherung)
- 40 • die Nutzung von moderner Software (etwa Predictive Policing, Percops) im Rahmen des gel-

1 tenden Rechts. Das bedeutet konkret die Ermittlung von Kriminalitätsschwerpunkten in Bezug
2 auf Zeit und Ort, jedoch die klare Negierung der „Vorhersage“ potenzieller Täter/Tätergruppen
3 und der damit verbundenen Aushebelung der Unschuldsvermutung

- 4 • die Ablehnung von anlasslosen Online-Durchsuchungen mittels eines „Staatstrojaners“

5

6 **2. Struktur und Kontrolle der Geheimdienste**

7

8 Die jüngsten Vorfälle um die deutschen Geheimdienste in Hinsicht auf die NSA-Affäre bzw. die
9 Versäumnisse bei der Bekämpfung des NSU verdeutlichen den Handlungsbedarf bei Struktur, Ar-
10 beit und Kontrolle der Behörden. Aus unserer Sicht sind funktionierende Geheimdienste für die
11 Sicherheit von großer Bedeutung. Trotzdem muss sich die geheimdienstliche Arbeit an den Prinzi-
12 pien des Grundgesetzes, des Datenschutzes und der Verhältnismäßigkeit messen lassen.

13

14 Konkret fordern wir:

15

- 16 • die Auflösung der Landesämter für Verfassungsschutz und Schaffung regionaler Dienststellen
17 des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Schwerpunktsetzung
- 18 • die Schaffung eines Nachrichtendienstbeauftragten im Bundestag
- 19 • eine generelle Informationspflicht der G10-Kommission gegenüber der parlamentarischen
20 Kontrollgremien
- 21 • eine quantitative Begrenzung der Selektoren der Geheimdienste
- 22 • die Abschaffung des Militärischen Abschirmdienstes MAD und die Überführung der Aufgaben
23 in die Kompetenzen von Verfassungsschutz / BND

24

25 **3. Arbeit der Polizei**

26

27 Die Polizei ist einer der Grundpfeiler innerer Sicherheit. Gerade im ländlichen Raum werden aber
28 zunehmend Polizeistellen geschlossen und Personal abgebaut. Solange die Polizei nicht personell
29 und materiell in der Lage ist, die Gesetze umzusetzen, ist der Ruf nach immer neuen und immer
30 schärferen Gesetzen unangemessen und ungerechtfertigt.

31

32 Daher fordern wir:

33

- 34 • eine Aufstockung der Polizei, insbesondere im ländlichen Raum
- 35 • eine Vereinfachung der Kommunikation der Landespolizeistellen
- 36 • die Nutzung sozialer Medien zur Fahndung und Ermittlung. Persönliche Nachrichten und Da-
37 ten, welche im Hintergrund von Unternehmen erhoben werden, bleiben davon unberührt
- 38 • Weiterführung der Präventionsarbeit in Schulen
- 39 • Programme (Teilzeit etc.) für ältere/ausgeschiedene und erfahrene Polizisten, sodass diese län-
40 ger arbeiten können (wenn sie wollen), insb. im „Büroeinsatz“, damit mehr Polizisten „auf die

- 1 Straße“ können, um akuten Personalmangel kurzfristig zu begegnen
- 2 • verstärkte Digitalisierung der Polizeiarbeit, insb. der Zusammenarbeit mit den Bürgern
- 3 • mobile Polizeistellen: in kleineren Gemeinden soll regelmäßig ein kleiner Polizeibus vorbeikommen und so z.B. für eine Stunde als Anlaufstelle für die Bürger dienen
- 4
- 5 • bei Demonstrationen sind die Einschränkungen (insb. Einschränkung der Bewegungsfreiheit)
- 6 für die Bevölkerung auf das Nötigste zu beschränken. Sind diese Einschränkungen unverhältnismäßig groß, sind Versammlungen auf Plätze zu verlegen, bei denen geringere Einschränkungen zu erwarten sind (z.B. Freiflächen statt in der Innenstadt).
- 7
- 8
- 9 • *Optional*: die Einführung von Tasern als Defensivwaffe für Polizisten
- 10 • *Optional*: die verpflichtende Einführung von Body-Cams bei Polizeieinsätzen
- 11

12 **4. Europäische Dimensionen Innerer Sicherheit**

13

14 Aus unserer Sicht muss Innere Sicherheit auch europäisch gedacht werden. Das sollte allerdings

15 nicht zwangsläufig die Auslagerung nationaler Kompetenzen der Inneren Sicherheit an die EU be-

16 deuten, sondern vielmehr die verstärkte Kommunikation und Koordinierung, vor allem an Binnen-

17 grenzen. Die EU sollte sich aus ihrem Selbstverständnis heraus als Verfechter des Daten-

18 schutzes und der Wahrung der Grundrechte begreifen.

19

20 Daraus ergibt sich:

21

- 22 • verstärkte europäische und bilaterale Kommunikation und Operation der Polizei an Binnen-
- 23 grenzen
- 24 • die Schaffung einer Agentur für europäische Nachrichtendienstkoordination statt der Schaf-
- 25 fung eines europäischen Nachrichtendienstes
- 26 • die Einführung einheitlicher europäischer Standards für die Erhebung personen- und unter-
- 27 nehmensbezogener Daten
- 28 • die Einrichtung eines Beschwerdemechanismus für Grundrechtsverstöße durch Behörden im
- 29 Rahmen europäisch koordinierter Missionen (bspw. Frontex)
- 30 • die Rücknahme politisch motivierter Mandatserweiterungen europäischer Missionen, welche
- 31 ohne Legitimierung durch das europäische Parlament durchgeführt wurden (bspw. die Erhe-
- 32 bung von Daten zur EU-Binnenmigration durch Frontex)

33

34

35 *Begründung:*

36

37 Erfolgt ggf. mündlich.

38

39

40

1 **Antrag 21: Politische Bildung an Schulen verbessern**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine deutlich verstärkte und vertiefte politische Bildung
 8 an Sachsens Schulen. In Zeiten von sinkender Wahlbeteiligung und steigender Politikverdrossen-
 9 heit wird es immer wichtiger, politische Bildung und kritisches Denken als Bestandteil schulischer
 10 Kompetenzvermittlung zu etablieren.

11

12 Aufgabe des Gemeinschaftskunde-/GRW-Unterrichts ist es dabei, die politischen Prozesse ver-
 13 ständlicher und komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge nachvollziehbar zu machen. Der Lehr-
 14 auftrag muss auf kritisches Denken und praktisches Anwenden erweitert werden. Wir fordern,
 15 konventionelle Lehrpläne durch Bildungsstandards zu ersetzen, wie sie etwa die Gesellschaft für
 16 Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) vorgelegt hat. Konkret be-
 17 deutet dies die Umstellung von der Input- zur Output-Orientierung, also Kompetenz- statt bloße
 18 Wissensvermittlung. Zur Themenfindung des Lehrplans regen wir die Einberufung eines zivilen
 19 Beirates ein, welcher z.B. aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schüler- und Lehrervertretun-
 20 gen, sowie Stiftungen bestehen könnte.

21

22 Um einen offeneren und interessanteren Unterricht zu schaffen, sollten dem Lehrer mehr Freiräu-
 23 me eingeräumt werden. So muss dieser über Unterrichtszeiten freier verfügen können. Außerdem
 24 braucht es verpflichtende Fortbildung der Lehrkräfte, wobei politische Bildung nicht bloß GRW-
 25 Lehrer betrifft. Zur Schaffung neuer Freiheiten muss der Lehrplan entschlackt werden.

26

27 Auch wenn eine reine Erhöhung der Stundenzahl des GRW-Unterrichts nicht im selben Umfang
 28 Politikverdrossenheit abbaut, setzen wir uns dafür ein, sowohl in Oberschulen, als auch Gymna-
 29 sien, GRW bereits ab der achten Klasse zu unterrichten (8. Klasse 1 Wochenstunde, ab 9. Klasse 2
 30 Wochenstunden), da politische Bildung und kritisches Auseinandersetzen bereits hier ansetzen
 31 kann und muss. Ferner setzen wir uns für die Schaffung eines Leistungskurses GRW, wie er derzeit
 32 nur am Landesgymnasium Sankt Afra vorhanden ist, an sächsischen Gymnasien ein.

33

34 Desweiteren setzen wir uns für den vermehrten Einsatz von alternativen Unterrichtsmethoden,
 35 wie zum Beispiel Planspiele oder Exkursionen an Orte des politischen Geschehens ein. Podiumsdis-
 36 kussionen mit Politikern an Schulen sollten erleichtert werden. Auch gemeinsame Veranstaltun-
 37 gen von Schulen mit Stiftungen sollten denkbar sein. Hierbei ist auf eine ausgewogene Vertretung
 38 der demokratischen Parteien bzw. Gruppierungen im Sinne des Beutelsbacher Konsens zu achten.

39

40 Zur konsequenten und dauerhaften Vertiefung der politischen Bildung fordern wir einen jähr-

1 lichen Bericht der sächsischen Kultusministerin zum Stand dieser, verknüpft mit regelmäßigem
2 Bildungsmonitoring an den einzelnen Schulen und einer Aussprache zum Bericht im Landtag.

3

4

5 *Begründung:*

6

7 Erfolgt mündlich.

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 22: IT-Infrastrukturmaßnahmen für die Schule der Zukunft**

2

3 Antragsteller: *Jungliberale Aktion Dresden*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine Verbesserung der IT-Infrastruktur an den sächsischen,
8 staatlichen Schulen. Konkret fordern wir:

9

10 1. Jede Schule soll über einen Breitbandanschluss mit mindestens mittelfristig ausreichender
11 Kapazität, d.h. basierend auf Glasfaserleitungen, verfügen.

12

13 2. Einführung einer strukturierten Verkabelung bei Neubauten oder grundlegenden Sanierungs-
14 maßnahmen sowie Installation moderner WLAN-Technik.

15

16 3. Gründung eines landesweiten Schul-IT-Dienstleisters für die zentrale Steuerung und Wartung
17 der Schulsysteme. Die Entscheidung über die Teilnahme am zentralen System unterliegt den
18 Schulen.

19

20 *Begründung:*

21

22 Erfolgt mündlich.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 31: Strategie für eine umfassende Asyl- und Integrationspolitik in Sachsen**

2

3 Antragsteller: *Stefan Scharf*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert den Freistaat zur Erarbeitung einer umfassenden Inte-
 8 grationsstrategie für absehbar mehr als 100.000 Flüchtlingen bis Ende 2017 auf. Im Sinne des
 9 Grundsatzes von „Fördern und Fordern“ sollen sich staatliche Integrationsarbeit und persönliche
 10 Integrationsleistung an bekannten Ergebnissen orientieren. Die Erfahrungen und Erfolge bei der
 11 Einbürgerung von drei Millionen Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutsch-
 12 land zu Anfang der 1990er Jahre sind daher Maßstab der aktuellen Herausforderung. Eine Fortset-
 13 zung der bisherigen Politik des „Ignorierens statt Integrierens“ würde im Gegensatz den hiesigen
 14 Rassismus verfestigen und jene Parallelgesellschaften fördern, vor denen sich immer mehr säch-
 15 sische Bürger fürchten.

16 Vorrangiges Ziel aller Integrationsbemühungen muss das grundlegende Erlernen der deutschen
 17 Sprache binnen der ersten beiden Jahre sein. Erst der individuelle Spracherwerb bildet die Voraus-
 18 setzung für optimale Chancen auf dem Arbeitsmarkt, der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
 19 und ohne den die Tür zu unserer Wertegemeinschaft verschlossen bleibt.

20

21 Hierfür sind folgende Maßnahmen zu treffen:

22

23 **1. Beschleunigung der Asylverfahren:**

24

25 Aufgrund des hohen Flüchtlingsaufkommens und vor dem Hintergrund der langen Verfahren in
 26 Deutschland, soll der Freistaat von Beginn der Antragsstellung an Rechtsberater nach niederlän-
 27 dischem Modell für Antragsteller bereitstellen, um so die Dauer der Verfahren zu verkürzen und
 28 die Rechtssicherheit der Bescheide zu verbessern.

29

30 **2. Integration von Schülern:**

31

32 Alle Kinder und Jugendlichen sollen einen initialen Sprachunterricht in Vorbereitungsklassen von
 33 bis zu drei Monaten bis zur Erreichung eines zu definierenden Mindestsprachniveaus absolvieren.
 34 Bei Erreichen dieses Niveaus sollen sie am normalen Klassenunterricht teilhaben. Für eine opti-
 35 male Integration dürfen maximal 15 Prozent der Schüler je Klasse einen Fluchthintergrund haben.
 36 Ein vertiefender Ergänzungsunterricht soll nach Möglichkeit zu Zeiten von Fächern höherer
 37 sprachlicher Abstraktion (an Grundschulen Sachunterricht und Englisch; an weiterführenden
 38 Schulen Ethik, Religion, Geschichte, Geografie, Gemeinschaftskunde, Biologie, Physik und Chemie)
 39 ermöglicht werden. Fächer mit interaktivem und praktischen Anteilen, wie Sport, Werken, Schul-
 40 garten, Musik und Kunst sollen demgegenüber beibehalten werden, damit sich die Kinder und

1 Jugendlichen schneller ins Klassengefüge integrieren können. Weitere Sprachangebote sind nach
2 Bedarf zu melden und nach Prüfung unbürokratisch entsprechende Lehrkraftkontingente vom
3 SMK zuzuweisen.

4

5 **3. Integration von Erwachsenen:**

6

7 Für alle erwachsenen, anerkannten Flüchtlinge soll es ein zweijähriges Integrationsprogramm ge-
8 ben, das sich am schwedischen und kanadischen Modell orientiert. Im Einzelnen sollen die Program-
9 me, ähnlich dem Berufsschulprinzip, auf einem dualen Ansatz aus Ausbildung und Praxis fußen.
10 Die eine Hälfte soll aus einer Unterrichtung in deutscher Sprache, Geschichte und Grundlagen der
11 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen. Die andere Hälfte soll im Rahmen eines In-
12 tegrations-praktikums innerhalb eines sächsischen Betriebs stattfinden. Ziel des Praktikums ist es
13 die Menschen an unsere Arbeitsumgebung zu gewöhnen und ihre beruflichen Fähigkeiten unter
14 realen Bedingungen besser beurteilen zu können. Dafür soll den Flüchtlingen ein Entgelt gewährt
15 werden, dass sich am branchenüblichen Lehrlingsgehältern der ersten beiden Lehrjahre orientiert.
16 Für das erste halbe Jahr soll dieses Entgelt als staatlicher Transfer gewährt werden, um den zu-
17 sätzlichen Aufwand der Betriebe abzufedern. Sollte es für die aufnehmenden Betriebe weniger
18 Aufwand bedeuten, den schulischen Anteil von sich aus zu organisieren, so sei ihnen nach Prüfung
19 ihrer Ausbildungsfähigkeit in den einzelnen Teilbereichen hier die eigenständige Unterrichtung
20 der Menschen zu gewähren.

21

22 **4. Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen**

23

24 Bestehende Ausbildungen und Hochschulabschlüsse sollen zukünftig über partitatische Gremien
25 aus SMWA und Berufsverbänden bzw. aus SMK und Hochschulen zuerkannt werden. Diese Zu-
26 erkennungen sollen erreichte sprachliche Fähigkeiten und praktische Fertigkeiten während des
27 Integrationspraktikums mit in die Bewertung einfließen lassen.

28

29 **5. Förderung der für die Integration relevanten Wissenschaftsbereiche:**

30

31 Um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe wissenschaftlich-fundiert begleiten zu können, sind For-
32 schungs- und Lehrkapazitäten aller notwendigen Wissenschaftsbereiche an den sächsischen Uni-
33 versitäten und Hochschulen mit ausreichend dauerhaften Stellen abzusichern. Dies dient einer-
34 seits allen beteiligten Stellen zur Bündelung des Fachwissens und andererseits zur Absicherung
35 gegen einen Brain Drains aus Sachsen in andere Bundesländer, die den gleichen Herausforderun-
36 gen gegenüberstehen.

37

38 **6. Verbesserung der Zusammenarbeit von Kommunen und Glaubensgemeinschaften:**

39

40 Zur rechtssicheren Zusammenarbeit von öffentlichen Behörden und Religionsgemeinschaften soll

1 der Freistaat die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Art. 140 GG
2 bis Ende 2016 für all jene Gemeinden zur Anerkennung bringen, die seit mindestens zehn Jahren
3 bestehen oder mindestens 500 hier lebende Mitglieder haben und bei denen keine Indizien für
4 verfassungsfeindliche Tendenzen bestehen.

5

6 **7. Verbesserte zivilgesellschaftliche Vernetzung**

7

8 Eine starke zivilgesellschaftliche Bereitschaft zur Integration ist unerlässlicher Bestandteil für den
9 Erfolg der kommenden Jahre. Daher soll das SMS in Zusammenarbeit mit der Staatsministerin
10 bzw. dem Staatsminister für Gleichstellung und Integration die Netzwerkbildung von Land, Kom-
11 munen, Vereinen und Bürgerinitiativen durch Identifikation und Förderung geeigneter Strukturen
12 unterstützen.

13

14 **8. Jährliche Aussprache zum Sachstand der Integration**

15

16 Zur parlamentarischen Gewichtung des Themas soll es im Sächsischen Landtag in den kommen-
17 den Jahren eine jährliche Aussprache zum Sachstand der Integration geben. Ausgangspunkt soll
18 hierbei ein jährlicher Bericht der Staatsministerin bzw. des Staatsministers für Gleichstellung und
19 Integration sein.

20

21 *Begründung:*

22

23 Erfolgt mündlich.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 32: Politisierung verhindern – vernünftiger Umgang mit Terrorwarnungen!**

2

3 Antragsteller: Benjamin Rego

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Das Instrument der Terrorwarnung zur Information der Öffentlichkeit ist ein ambivalentes Werk-
 8 zeug im Rahmen der Inneren Sicherheit. So kann es sich keiner der Verantwortlichen leisten, eine
 9 erkannte oder vermutete Gefahr zu unterschätzen, da bei einem eintretenden Terroranschlag
 10 gefragt wird, warum nicht gewarnt worden ist. Im Fall der Unterschätzung von Risiken sind die
 11 Folgen also fatal. Im umgekehrten Fall der Überschätzung der Risiken und eine potentiellen Fehl-
 12 meldung fallen die Folgen nur marginal für die politische Verantwortlichen aus, da zudem bei
 13 jeder Warnung rhetorisch zugleich zurück gerudert wird, um jedwede Tendenzen von Panik zu ver-
 14 hindern. In Folge einer Warnung folgt dabei meist eine medial angetriebene Debatte darüber, ob
 15 Deutschland und seine Bevölkerung gut genug geschützt wird. Das Instrument der Terrorwarnung
 16 begünstigt zudem noch die Forderungen von Sicherheitsbehörden und Politikern der beiden gro-
 17 ßen Parteien, dass es aufgrund der vermeintlichen Gefahr stetig neue Überwachungsinstrumente
 18 zu installieren.

19

20 Aufgrund dieses Missverhältnis und der realen Gefahr einer Politisierung des Instruments Terror-
 21 warnung spricht sich die Jungliberale Aktion Sachsen dafür aus, die Entscheidung über Terrorwar-
 22 nungen zu versachlichen und nicht in die Hand von Politikern zu legen.

23

24

25 *Begründung:*

26

27 Erfolgt mündlich.

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 41: Heute schon an morgen denken – Nachhaltigkeit aus liberaler Sicht**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

4

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Wir Junge Liberale sehen die Herausforderungen, die sich aus einer steigenden Weltbevölkerung ei-
 8 nerseits und einer seit Jahrhunderten andauernden Industrialisierung andererseits ergeben. Unsere
 9 feste Überzeugung ist, dass die Frage der Nachhaltigkeit eine Frage der Generationengerechtigkeit
 10 ist, die man nicht auf die lange Bank schieben darf. Im Gegenteil, wir müssen zu einer neuen Politik
 11 finden, einer Politik der Langfristigkeit, die ein umfassendes Nachhaltigkeitsverständnis beinhaltet.

12

13 Diese Nachhaltigkeit beinhaltet für uns gesellschaftliche, ökologische und finanzielle Betrachtun-
 14 gen. Hierbei darf man nicht dem Irrglauben erliegen, dass man diese Politik allein national umset-
 15 zen darf. Vielmehr handelt es sich um ein Problem von internationaler Bedeutung. Eine Formel,
 16 die Belastungsgrenzen der Umwelt mit einem begrenzten Wachstum gleichsetzt, unterschätzt
 17 allerdings die Innovationskraft des Menschen.

18

19 Daher setzen wir Liberale in unserem Nachhaltigkeitsverständnis auf Kreativität, Fortschrittswil-
 20 len, Innovation und Forscherdrang. Der Erfindergeist, welcher bisher geglaubte Grenzen überwun-
 21 den hat, muss auch künftige Herausforderungen angehen können.

22

23 Für die Eigeninitiative der Wirtschaft, vermehrt in Forschung unter dem Gesichtspunkt der Nach-
 24 haltigkeit zu setzen, muss der Staat geeignete, Anreiz setzende Rahmenbedingungen schaffen.

25

26 Darunter verstehen wir:

27

28 **1. Bildung und Forschung als zentrale Ressource**

- 29 • vorbehaltfreie Schule – Stärkung des Vertrauens in Forschung und Technik ohne Denkverbote
- 30 • Stärkung der Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen
- 31 • Förderung der Forschungslandschaft ohne ideologische Denkverbote (z.B. Goldener Reis als
 32 soziale Verantwortung)
- 33 • steuerliche Absetzbarkeit der Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Unternehmen
- 34 • Ausbau internationaler Kooperation im Bereich Innovation
- 35 • Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren bei Ausländischen Bildungsabschlüssen
- 36 • Punktesystem für eine gerechte Zuwanderung von Hochqualifizierten und Fachkräften

37

38 **2. Nachhaltige Energiepolitik für Mensch und Wirtschaft**

- 39 • Subventionen sind in der Forschung besser angelegt als in noch nicht ausgereiften, ineffizien-
 40 ten Versorgungsmethoden

- 1 • Planwirtschaft des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beenden – marktwirtschaftlichen Strom-
- 2 markt etablieren
- 3 • Energieeffizienzforschung stärken
- 4 • steuerliche Absetzbarkeit der Energetischen Sanierung endlich umsetzen
- 5 • mehrsäulige Förderung von Elektro-, Wasserstoff- und Erdgasmobilität
- 6 • mehr Effizienz durch eine europäische Energieversorgung und –politik

7

8 **3. Leistungsfähige Infrastruktur**

- 9 • flüssiger Verkehr schont Umwelt mehr als ständige Staus – darum Ausbau der Infrastruktur
- 10 nach Kosten-Nutzen-Prinzip
- 11 • Telematikausbau inklusive „Intelligenter Straße“ fördern
- 12 • intelligente Ampelschaltungen helfen, den Verkehrsfluss zu verbessern
- 13 • Ausbau der Schieneninfrastruktur, konkret verbesserte Anbindung Sachsens an Fernverkehrs-
- 14 netz, weitere Elektrifizierung (bspw. Leipzig – Chemnitz)
- 15 • die indirekte Subventionierung des Fernbusmarktes durch die Erlassung der KfZ-Steuer und
- 16 den Verzicht auf eine Maut muss beendet werden

17

18

19 *Begründung:*

20

21 Erfolgt mündlich.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 42: Programmatischer Ergänzung auf Englisch erstellen**

2

3 Antragsteller: Thorben Siepmann

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

4

5 *Vor diesem Hintergrund möge der Landeskongress beschließen:*

6

7 Der Landesvorstand wird aufgefordert,

8 1. Hauptthesen der Jungliberalen Aktion auf Englisch in einem Positionspapier zusammenzustellen,

9 2. perspektivisch die gesamte Beschlusslage auf Englisch verfügbar zu machen,

10 3. darauf hinzuwirken, dass der Bundesvorstand der Jungliberalen diesem Antrag folgt,

11 4. dem nächsten Landeskongress über Fortschritte zu unterrichten.

12

13

14 *Begründung:*

15

16 Die Liberalen stehen seit jeher für Weltoffenheit und Internationalität. Daher ist es wichtig die
 17 Kernthemen der Jungliberalen für alle auch auf Englisch zugänglich zu machen. Durch die momen-
 18 tane Zuwanderungswelle öffnet sich die Chance vor allem junge Menschen, die nach Deutschland
 19 kommen und oft kein oder nur kaum Deutsch sprechen, durch ein englischsprachiges Position-
 20 spapier schnell für liberale Themengebiete zu begeistern und damit auch die Integration in den
 21 Kreisverbänden zu ermöglichen.

22

23 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 43: Brexit nicht erstrebenswert!**

2

3 *Antragsteller: Benjamin Rego*

4

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt
 Verwiesen an _____

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Briten sind innerhalb von Europa kein einfacher Partner, weisen jedoch richtigerweise immer
8 wieder auf die Defizite europäischer Politik hin. Gerade aus liberaler Sicht ist die ökonomische Ver-
9 nunft des Königreichs wichtig, da die Abwägung zwischen den Wünschen nach sozialpolitischen
10 Geschenken und der ökonomischen Machbarkeit allein in den Händen von Deutschland und
11 Frankreich eine weitere Sozialdemokratisierung Europas zur Folge hätte. Neben der wirtschaftli-
12 chen Kompetenz Großbritanniens ist der Halt der Briten in der Europäischen Union zudem auch
13 für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unverzichtbar.
14 Auch wenn man nicht immer einer Meinung ist und vernünftige Lösungen nur in Aushandlungs-
15 prozessen erwirkt werden können, kann es sich Europa nicht leisten die Briten gehen zu lassen.
16 Hier gilt es in den Foren der Diskussion klar Stellung zu beziehen. Auch wenn die Briten es jetzt sel-
17 ber in der Hand haben, so gilt: lieber ein unbequemer Partner mehr, als eine unvernünftige Union!

18

19

20 *Begründung:*

21

22 Erfolgt mündlich.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Rechenschaftsbericht des Stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik Benjamin Rego

Wie es viele schon mitbekommen haben, werde ich schon nach einem halben Jahr meinen Posten als stellvertretender Landesvorsitzender der JuliA Sachsen für den Bereich Programmatik abgeben, weil ich aus persönlichen Gründen nicht mehr die Zeit haben werde, die es braucht, um das Amt voll auszufüllen. Mir hat diese Phase jungliberalen Engagements sehr viel Spaß gemacht, da ich mit einem Super-team zusammenarbeiten konnte. Wir haben viel auf den Weg gebracht und immer neue Möglichkeiten gefunden, den Mitgliedern in Sachsen ein Angebot zu machen.

Die Bilanz des letzten halben Jahres Programmatik bei der JuliA Sachsen lässt sich darum sehen. So wurde der Landesparteitag in Hartha sowohl inhaltlich als auch strategisch vorbereitet, das jungliberale Engagement aus Sachsen beim BuKo war präsent, die Programmatik-Brunches wurden installiert, das Programmatik-Wiki wieder fit gemacht und diverse Aktionen sowie die PPWs inhaltlich unterstützt. An dieser Stelle muss ich vor allem Christoph danken, der mich bei meiner Arbeit umfangreich unterstützt hat und sich selber in diesem Rahmen als Beisitzer über das Maß hinweg voll eingebracht hat.

Insgesamt würde ich mich freuen, wenn die Arbeit, die begonnen wurde, weitergeführt wird und zudem die Rolle der JuliA Sachsen bei den Jungen Liberalen in Deutschland noch weiter gestärkt wird. Zudem hoffe ich, dass der neue Programmatiker gerade im Hinblick auf die FDP Sachsen sowohl inhaltlich als auch strategisch dran bleibt, weil bis zum jetzigen Zeitpunkt und wahrscheinlich auch weiterhin, dort wenig Innovationspotential zu erkennen ist. Der Weg hin zu einer modernen Partei muss noch gegangen werden.

B.R.

Antragsänderungen & Dringlichkeitsanträge

Falls es bei Sachanträgen vorab Änderungen vom Antragsteller gibt, bringt bitte die geänderte Version des Antrags in digitaler Form sowie in Papierform zum Landeskongress mit (in geeigneter Anzahl). Gleiches gilt für Dringlichkeitsanträge.

Die Dringlichkeit eines Antrages wird vor Ort auf dem Landeskongress festgestellt. Ein bloßes Versäumen der Antragsfrist reicht hierfür erfahrungsgemäß nicht aus. Wird die Dringlichkeit eines Antrags festgestellt, so wird dieser in das Verfahren zur Festlegung der Antragsreihfolge aufgenommen.



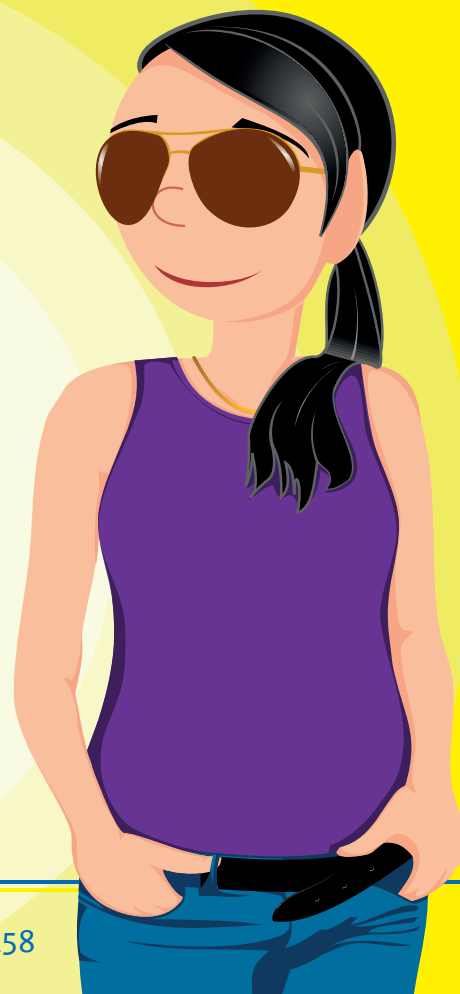
Ansprechpartner

Landesvorsitzender - Philipp Hartewig
philipp.hartewig@julia-sachsen.de
Tel.: 0 157 - 73 21 03 08

Organisation - Colin Jakob
colin.jakob@julia-sachsen.de
Tel.: 0172 - 76 93 17 4

Presse - Konrad Richter
konrad.richter@julia-sachsen.de
Tel.: 0172 - 3 68 71 77

Programmatis - Benjamin Rego
benjamin.rego@julia-sachsen.de
Tel.: 0 177 - 24 14 48 3



Der Twitter-Hashtag zum Kongress: #JuliA58